

„Du bist kein Untertan mehr, du bist ein freier Staatsbürger“:

**Ellwangen zwischen Kriegsende, Revolution
und demokratischem Neuanfang 1918/19**

MICHAEL HOFFMANN

In dem knappen Jahr zwischen Sommer 1918 und Sommer 1919 reihten sich in außergewöhnlicher Dichte Ereignisse von großer historischer Wirkung aneinander, die dieser Zeit den Charakter einer Zäsur verleihen: Das Scheitern der deutschen Sommeroffensive im Westen und die alliierte Gegenoffensive, die die Erschöpfung der Truppe offenbarte; der Aufstand der Matrosen in Kiel und die Entstehung einer Rätebewegung überall im Reich sowie die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und die (doppelte) Ausrufung der Republik (9.11.), mit der die preußische Monarchie in Deutschland endete; der Waffenstillstand mit den Ententemächten (10.11.), der bereits einen Vorgeschmack auf die weitreichenden Bestimmungen des späteren Vertrages von Versailles gab; das Bündnis der SPD mit den alten Eliten, das einerseits die ersten Wahlen in Deutschland mit Frauenwahlrecht und die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung in Weimar auf den Weg brachte, andererseits aber auch einen blutigen Bürgerkrieg zwischen den paramilitärischen Einheiten der Regierung (Freikorps) und den kommunistischen Aufständischen im Januar und April 1919 bewirkte. Und so verwundert es kaum, dass dieser Zeitenwende anlässlich ihres 100. Jahrestages ganz unterschiedliche Bedeutungen zugesprochen wurden: Während beispielsweise Wolfgang Niess¹ in der revolutionären Rätebewegung nichts weniger als den „wahren Beginn unserer Demokratie“ sieht – und dabei gerade auch die SPD-Führung für deren teils gewaltsames Ende verantwortlich macht –, betont Marc Jones die kollektive Gewalterfahrung und Gewaltpraxis, die die Weimarer Republik gleichsam als einen „Inkubationsraum für das 3. Reich“ entstehen ließen².

Aber gelten diese Beobachtungen nur für das ferne Berlin oder Stuttgart, oder auch für Ellwangen? Wie erlebten die Ellwanger das Kriegsende 1918? Welche Auswirkungen hatte die spanische Grippe auf die Stadt? Gab es auch in Ellwangen eine Revolution? Wie wurde der Übergang von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft bewältigt? Wie wurde das neue Frauenwahlrecht angenommen und wie startete überhaupt die erste deutsche Demokratie 1919 in Ellwangen? Diese Fragen sollen im Folgenden erörtert werden.

1 Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*. Berlin 2017

2 Marc Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017; das Zitat S. 343.

I.1 Ellwangen und der Erste Weltkrieg: Die Soldaten

Wie jede andere deutsche Stadt trugen auch Stadt und Amt Ellwangen ihren Anteil an den Kriegshandlungen: Etwa 4000 Männer des Bezirks, also etwa 25% der männlichen Bevölkerung, wurden bis 1916 eingezogen, wovon bereits in den ersten beiden Kriegsjahren etwa 400 gefallen sind. Bis Kriegsende waren es 7000 mobilisierte Soldaten, davon insgesamt knapp 1000 Gefallene. Auch in Ellwangen wurde die Kriegserklärung an Frankreich 1914 begrüßt und wurden die mit der Eisenbahn abfahrenden Soldaten bejubelt. Freiwillig meldete sich die gesamte Abschlussklasse des Jahrgangs 1914 am Gymnasium an die Front; bereits nach 2 Jahren waren 4 von ihnen gefallen. Aber nicht nur die Ellwanger Jugend eilte zu den Waffen: Mit 62 Jahren meldete sich z.B. der in Ellwangen geborene Adolf Schauffler (1852-1914), Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart, kriegsfreiwillig und wurde als Hauptmann dem Reserve-Feld-Artillerieregiment 54 in Ludwigsburg zugeteilt. In der ersten Ypern-Schlacht im Oktober 1914 fiel Schauffler bei einem Angriff englischer Schützen³. Ellwanger Soldaten waren aber nicht nur in Frankreich und Belgien im Einsatz, sondern, wie eine Aufstellung des Landsturmmans Kolb belegt, buchstäblich fast auf der ganzen Welt und bei allen größeren Schlachten: Vor Verdun und an der Somme, in Flandern, in Ostpreußen und vor Warschau, aber auch in Südosteuropa: an der galizischen Front im Rahmen des Karpatenkorps, in Serbien, Montenegro und Mazedonien als Teil der Heeresgruppe Mackensen, wo das deutsche Reich in beiden Fällen die verlorenen Gebiete des Bündnispartners Österreich-Ungarn zurückerobern wollte, und schließlich auch an der Isonzofront in den Alpen. Außerhalb Europas fanden sich auch unter den 3000 deutschen Soldaten, die die osmanischen Truppen bei der Verteidigung der Gallipoli-Halbinsel unterstützten, Ellwanger, ebenso in Syrien und Mesopotamien, wo deutsche Truppen die osmanische Armee gegen Briten und verbündete Araber unterstützten. Wenige Ellwanger waren auch als Matrosen bei der Kriegsmarine im Einsatz, z.B. bei der Schlacht am Skagerrak 1916 oder, wie der Matrose Steidle aus Baiershofen, auf dem Kreuzer Emden. Dieser führte von der deutschen Kolonie Tsingtao (heute: Qingdao) aus startend einen Kreuzerkrieg im indischen Ozean und im südchinesischen Meer⁴. Auch für Ellwangen galt also, wie für viele Städte: Weltkrieg bedeutete nicht nur, dass große Teile der Welt an den Kriegshandlungen beteiligt waren, sondern dass auch Soldaten aus einem Ort in ganz verschiedene Teilen der Welt geschickt wurden.

I.2 Ellwangen im Ersten Weltkrieg: Die Heimatfront

Je länger der Krieg dauerte, umso sichtbarer wurden seine direkten und indirekten Auswirkungen auch in Ellwangen. Dazu gehört zum einen die bereits vor dem Krieg geplante, nun aber schnell vorangetriebene Fertigstellung der Unteroffiziers-Vorbildungsanstalt als Basis des heutigen Kasernengeländes. Daneben entstand

3 Totentafel des GAV Ellwangen 1914-1916, in *Ellwanger Jahrbuch 1915/16*, S. 92.

4 P.Kolb, *Kriegschronik*, in *ibidem* S. 58-69, S.58f.

ein Barackenlager, zunächst für 2000 Kriegsgefangene bestimmt, dann aber als Offizierslager für zunächst 683 französische, dann 600 italienische Offiziere eingerichtet und von einer Kompanie Landsturm bewacht. Das hatte zur Folge, dass in der Stadt, die 1914 kaum über 4000 Einwohner zählte, plötzlich 1000 Ortsfremde, 600 Unteroffiziersanwärter und 400 italienische Offiziere, zugegen waren.

Die ganze Gesellschaft, auch Frauen und Kinder, wurden nun in den Sog der immer intensiver betriebenen Kriegspropaganda und auch der Mobilisierung an der Heimatfront gezogen. Gymnasiasten halfen bei der Ernte auf dem Land anstelle der mobilisierten Männer, junge Mädchen strickten Socken für die Front, an den Schulen wurden Gedenkveranstaltungen gehalten und auch Kriegsanleihen gezeichnet⁵. Bis 1916 spendeten die Ellwanger knapp 100 000 Reichsmark für das Rote Kreuz, die 3. und 4. Kriegsanleihe wurden mit über 70 000 Reichsmark gezeichnet. Für die Kriegsanleihen wurde mit Plakaten, ganzseitigen Zeitungsannoncen und Schülersammlungen geworben⁶. Und nicht zuletzt auch der katholische Klerus beteiligte sich dabei, z.B. mittels eines Unterstützungsaufrufs durch den Bischof von Rottenburg, der es im Oktober 1918 im Angesicht der „niederträchtigen Pläne der Feinde“ weiterhin als „heilige Pflicht“ erachtete, das Vaterland durch solche Opfer zu verteidigen⁷. Auch die Pfarrer wurden angewiesen, in ihren Gemeinden jedes Anzeichen von „Verzagtheit“ zu bekämpfen und für die Kriegsanleihe zu werben.

Gleichzeitig wurde noch im Oktober 1918 allenthalben das Bild des unentwegt einsatzbereiten und siegesgewissen deutschen Heeres gezeichnet. Zu Ehren des „Siegens von Tannenberg“, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, fand am 2. Oktober ein Festabend in der Turnhalle statt, zu der Oberamtmann Autenrieth und Stadtschultheiß Ettensperger die ganze Einwohnerschaft gewissermaßen amtlich einluden⁸. Hindenburg wurde als Garant des deutschen Sieges gesehen, sein Bild feierlich im Gymnasium aufgehängt – der Beginn des Mythos um den Feldmarschall in Ellwangen. In der Ipf- und Jagstzeitung erschienen Geschichten von „Schwäbischen Helden“, wie z.B. dem Musketier Xaver Uhl aus Rattstatt vom 127. Inf. Regiment, der in mehreren Schlachten an der Somme und vor Verdun seine „Kaltblütigkeit“ und seinen „Heldenmut“ unter Beweis gestellt habe und mit dem EK I ausgezeichnet wurde. Im sogenannten „Weltkino“ im Grünen Hof wurden Filme wie „Bilder aus der Schlacht im Westen“ oder über den Baron von Richthofen gezeigt⁹. Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass die verfügbaren Medien (Kino, Presse) und öffentlichen Einrichtungen (Kreis, Stadt, Schule) maßgeblich den Durchhaltewillen der Bevölkerung durch Kriegspropaganda bestärken wollten.

5 *So sammelten z.B. Gymnasium und Realschule 1918 39 000 Reichsmark und reichten diese als gemeinsame „Schulzeichnung“ der Kriegsanleihe ein.*

6 *IJZ 28.9.1918*

7 *IJZ 4.10.1918, dort auch die Anweisung an die Pfarrer.*

8 *IJZ 3.10.1918*

9 *IJZ 12.10.1918*

Die Forcierung der Kriegspropaganda ist zudem vor dem Hintergrund der schlechten Versorgungslage im Deutschen Reich zu sehen. Auf Grund der englischen Seeblockade und der vollständigen Umstellung der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft wurden Nahrungsmittel insgesamt knapper und rationiert. Einem Erwachsenen standen 1918 in Ellwangen noch 250gr Rindfleisch pro Woche zur Verfügung, die reichsweit ausgerufenen fleischlosen Wochen wurden auch in Ellwangen eingeführt. Der Privatverbrauch von Strom und Gas wurde eingeschränkt. Allerdings verfügte Ellwangen auf Grund des landwirtschaftlich geprägten Umlandes über deutlich mehr Reserven als die Großstädte, die Not fiel insgesamt nicht ganz so drastisch aus. Trotzdem: Hatten die Bauern 1915/16 noch 40% ihrer Ernte behalten dürfen, mussten sie ab 1917 alles bis auf 2kg pro Kopf abliefern! Der Metallbedarf der Rüstungsindustrie und beginnende Inflation führten im Reich dazu, dass der Materialwert des Kleingeldes dessen Nominalwert überstieg, dieses mithin gehortet oder eingeschmolzen wurde. Auch in Ellwangen musste daher für den normalen Geschäftsverkehr zweimal Kriegsnotegeld ausgegeben: am 15.3.1918: 20 000 5- und 10- sowie 10 000 50-Pfennig Münzen, im November nochmals 50 000 Münzen, die die Aufschrift „Bezirkskriegsmünze 1918“ trugen und die Umrise der Stiftskirche zeigten.

Weitere Indizien für die Mangelversorgung im Kriegsjahr 1918 sind zunehmende „Obstdiebstähle“ und Schwarzschlachtungen. Beides wurde mit empfindlichen Strafen belegt, und im Herbst 1918 sah sich der Ellwanger Gemeinderat sogar genötigt, aktiv gegen den Obstdienstahl vorzugehen. Es wurde der Beschluss gefasst die Namen derer, die auf frischer Tat ertappt wurden, „öffentlich bekannt zu machen“. Ausdrücklich wurde im Beschluss auch darauf hingewiesen, dass Früchte, die außerhalb des Feldes auf Wegen oder Straßen liegen, nicht „herrenlos“ seien und dass auch deren Aneignung als Diebstahl strafbar sei¹⁰. Wurde eine „Geheimschlachtung“ entdeckt, wie in Pfahlheim im August 1918 oder in Zöbingen im Oktober 1918, wurde das beschlagnahmte Fleisch, in diesem Fall zwei Kälber, auf die Ellwanger Schulen und Krankenhäuser verteilt¹¹.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Menschen am Ende des 4. Kriegsjahres auch in Ellwangen von Sorgen um ihre Angehörigen im Krieg und den materiellen Nöten, ja teilweise schierer Mangelversorgung, geplagt waren. Darüber konnte auch die Kriegspropaganda nicht hinwegtäuschen. Andererseits lassen sich aber wiederum kaum Anzeichen von öffentlichem Unmut oder gar Kritik an der Kriegsführung feststellen¹², es scheint viel mehr, dass man weiterhin nicht von einer drohenden Niederlage des Deutschen Reichs ausging.

10 IJZ 15.9.1918

11 IJZ 16.8.1918 und IJZ 3.10.1918

12 Einziges Indiz für eine gewisse Auflösung der bisherigen moralischen Wertvorstellungen bietet ein anonymer Leserbrief (IJZ vom 21.9.1918), der das Verhalten der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, bei einem Leichenzug eines im Lazarett verstorbenen Soldaten kritisiert. Viele Zuschauer hätten sich „unwürdig“ benommen, Kinder hätten spielend und jauchzend den Leichenzug auf den Friedhof begleitet.

II. Revolution? Die Ereignisse im November 1918 in Ellwangen

Mit den sogenannten Oktoberreformen hatte Reichskanzler Max von Baden eine Parlamentarisierung des Reiches vorangetrieben und im Reichstag mit den Stimmen der MSPD, der Liberalen und des Zentrums verabschiedet. Bereits einen Tag nach der Verabschiedung, am 29.10.1918, wurde zu einer großen Versammlung des katholischen Männervereins, also im Grunde des Zentrums vor Ort, nach Schrezheim eingeladen. Stadtpfarrer Staudenmaier appellierte an die sichtbar aufgewühlte Menge – mehrere Hundert Zuhörer waren gekommen – an der monarchischen Staatsform festzuhalten und die „Pflichten gegenüber dem Vaterland“ zu erfüllen. Der ehemalige Rektor des Gymnasiums und Reichstagsabgeordnete Fridolin Schneider warnte im Anschluss vor einer inneren Spaltung – ein klarer Seitenhieb auf die unabhängigen Sozialdemokraten¹³. Diese organisierten am 1.11.1918 eine große Demonstration in Stuttgart, bei der zum ersten Mal Rufe nach der Republik und auch die Bereitschaft zu einem gewaltsamen Aufstand hör- und sichtbar wurden. Die Rätebewegung in statu nascendi wurde wiederum in Ellwangen kaum für ernst genommen, die IJZ bewertete diese Vorgänge in Stuttgart als „vorübergehende Erscheinung“ und „jugendlichen Übermut“, gegen den das Zentrum als Hort der Ordnung stehe¹⁴.

Obleich der 9. November 1918, ein Samstag, an dem die Welle der Rätebewegung Berlin erreichte und dort die Republik ausgerufen wurde, in Ellwangen ereignislos verlief, kam es am 11.11.1918 in der Stadt zu überraschenden Ereignissen. Am Vormittag hissten Soldaten der Unteroffiziersanstalt auf dem Hauptgebäude eine Rote Fahne, setzten ihre Offiziere ab und bildeten einen Soldatenrat. Ob es sich hierbei, wie die IJZ mutmaßte, vor allem um junge „norddeutsche Soldaten“ handelte, muss offen bleiben, jedenfalls wurde die Rote Fahne kurze Zeit später von den Landsturmmännern der benachbarten Wachkompanie des Gefangenenlagers wieder eingeholt. Am Nachmittag desselben Tages erschien eine Abordnung des Stuttgarter Soldatenrates, ein Delegierter in zivil mit 6 bewaffneten Soldaten, vor dem Rathaus. Auch diese ließen die Rote Fahne hissen und erklärten, dass die Rätebewegung die neue Staatsform in Ruhe und Ordnung einführen wollten und die Behörden zur Mitarbeit aufriefen. Man komme nicht als „Volksaufwiegler“, wurde verkündet¹⁵. Vermutlich diente der Besuch auch dazu, den ohne Weisung aus Stuttgart entstandenen Soldatenrat in der Unteroffiziersanstalt und beim Landsturm in die württembergische Rätebewegung einzubinden. Auf 19.00 Uhr wurde eine große Versammlung in der Turnhalle angesetzt, die aber, nachdem die Delegation Ellwangen um 17.00 Uhr wieder verlassen hatte, um 18.30 Uhr wieder abgesagt wurde. Der Soldatenrat der Wachkompanie sicherte außerdem zu, das Gefangenenlager weiterhin ordnungsgemäß zu führen¹⁶.

13 IJZ 30.10.1918

14 IJZ 2.11.2918

15 Darstellung der Ereignisse in IJZ 12.11.1918

16 IJZ 13.11.1918

Die folgenden Tage waren in Ellwangen nun gekennzeichnet von einem gewissen Nebeneinander der verschiedenen Vorstellungen von legitimer Herrschaft. Auf der einen Seite brachten Bewohner der Stadt ihre Sympathie für die Rätebewegung durch das Tragen von roten Schleifen zum Ausdruck¹⁷. Am 14.11. konstituierte sich dann auch ganz offiziell der Ellwanger Arbeiter- und Soldatenrat und rief mit öffentlichem Anschlag und Zeitungsannonce zu Ruhe und Ordnung nach der „vollzogenen Umwälzung“ auf¹⁸. Der Rat sah sich mithin als legitime Vertretung der Bürgerschaft, an die sich diese nun auch wenden sollte. Gleichzeitig arbeitete die Kreis- und Kommunalverwaltung unvermindert weiter. Die Rote Fahne am Rathaus wurde am 13.11. wieder eingeholt, am gleichen Tag veranlasste Oberamtmann Autenrieth per Erlass die Einrichtung von Gemeindwehren mit Munition und die Fortdauer der Ablieferungspflicht für die Landwirte¹⁹. Der Anspruch der Rätebewegung, das Verwaltungshandeln der Behörden und des Militärs in Zukunft kontrollieren zu wollen, blieb in Ellwangen zunächst unverwirklicht. Dafür spricht auch die Anfrage des Ellwanger Arbeiter- und Soldatenrates an den Ausschuss der württembergischen Soldatenräte, welche Rechte man als Rat eigentlich habe. Die Antwort aus Stuttgart war eindeutig: „Das Recht zur Kontrolle aller kommunalen und staatlichen Behörden unbedingt“, insbesondere die Einrichtung von Kontrollkommissionen, dazu auch das Recht, Delegierten einen Ausweis auszustellen²⁰.

Lässt sich aus dieser Anfrage eindeutig ein vorsichtiges Agieren der Ellwanger Arbeiterräte erkennen – ein echter Revolutionär hätte wohl zuerst gehandelt und dann gefragt – so stellt sich im Anschluss die Frage, wie revolutionär nun dieser Ellwanger Arbeiter- und Soldatenrat in den kommenden Wochen und Monaten auftrat, als die Weichen für die künftige Ausgestaltung des neuen Staates gestellt wurden. Von großer Bedeutung für das insgesamt gemäßigte Auftreten der Räte war sicherlich die Beurlaubung, und damit Abreise, fast sämtlicher nicht aus Württemberg stammender Füsiliere und Kadetten der Kaserne am 15.11.1918. Damit waren vermutlich die radikalsten Anhänger der Räterepublik verschwunden²¹. Am 16.11.1918 konstituierte sich der Soldatenrat Ellwangen formell und wählte den Feldwebel Fritz Kress, Gefangenenlager, und den Unterzahlmeister Linsemann von der Kaserne zum 1. bzw. 2. Vorsitzenden. Damit waren beide Truppenteile repräsentiert. Kurze Zeit später konstituier-

17 IJZ 14.11.1918

18 Brief des Arbeiter- und Soldatenrates vom 18.11.1918 an das Stadtschultheißenamt (Stadtarchiv) sowie IJZ 15.11.1918.

19 IJZ 15.11.1918

20 Brief des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Gross-Stuttgart vom 22.11.1918. Noch im Mai 1919 beharrte daher der Ellwanger Arbeiter- und Soldatenrat darauf, in Lebensmittelfragen sämtliche Behördenhandlungen zu kontrollieren, obwohl die gesetzliche Grundlage dafür durch den württembergischen Landtag bereits beseitigt worden war. Beschluss der 11-köpfigen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Ellwangen und Umgebung vom 5.5.1919 (Stadtarchiv).

21 IJZ 16.11.1918. Die verbliebenen jungen Kadetten durften, soweit sie noch keine 21 Jahre alt waren, auch nicht bei den Räten und der Wahl der Vorsitzenden mitstimmen.

te sich auch der Ellwanger Arbeiterrat, der August Ohnewald zum 1. und den Arbeiter Keppler zum 2. Vorsitzenden wählte. Aus beiden Räten konstituierte sich dann ein 17-köpfiger Arbeiter- und Soldatenrat Ellwangen mit 8 Delegierten der Arbeiter (Klein, Holderried, Walz, Pfisterer, Heidenreich, Wolfrom, Ruf, Hasenmüller) und 5 der Soldaten (Fischkow, Hammer, Mezger, Blessing, Preuninger) sowie den jeweiligen Vorsitzenden²². Eine der ersten Maßnahmen des Rates, der im Übrigen über eine Geschäftsstelle im Sebriansgraben und einen quasi amtlichen Briefkopf für seine Schreiben verfügte, war ein Vorgehen gegen einen Zeitungsartikel der IJZ, in dem die Sozialdemokratie als Partei der „Entchristlichung“, der Zerstörung von Familie und Eigentum sowie der Gewaltanwendung verleumdet wurde. Vom zuständigen Ausschuss in Stuttgart wurde gefordert, dass gegen die Redaktion der IJZ „energisch eingeschritten“ und diese „zur Verantwortung gezogen“ werden müsse²³.

Die politische Ausrichtung des Rates lässt sich besonders gut an der Frage der Milcherfassung erkennen, die als wichtiger Teil der Lebensmittelversorgung staatlicher Zwangsbewirtschaftung unterstand. Der Ausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in Stuttgart hatte diese Verwaltung weitergeführt und beschlossen, in jeder größeren Gemeinde Milchsammelstellen einzurichten, wo die Milch von den Erzeugern abgegeben werden musste. Eine Landesstelle zur Milcherfassung sollte die gerechte Umverteilung im Land gewährleisten. Hintergrund war, dass z.B. in Stuttgart die Milchlieferung von 180 000 l Milch pro Tag 1914 auf 35 000 l Milch pro Tag 1918 zurückgegangen war und nur noch Kinder bis 6 Jahre, Alte und Kranke Milch zugeteilt bekamen. Nicht ganz zu Unrecht vermutete man, dass nur geringe Teile der erzeugten Milch überhaupt abgegeben wurden und der Rest schwarz gehandelt wurde. Um nun die Milchquote in Stuttgart zu erhöhen, sollten alle Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz mit „scharfem Auge“ und unter Androhung von „Freiheitsstrafen“ die Milchabgabe in den Sammelstellen überwachen²⁴. Jeder Person kam in Zukunft nur noch 1/4 l Milch pro Tag zu.

Eine Umsetzung dieser Vorgabe hätte eine Verschlechterung für die Bewohner in Stadt und Amt Ellwangen bedeutet, galt doch oberamtlich ein Festsetzung von 1 l Milch für Kinder und Kranke, 1/2 l Milch für alle anderen pro Tag. Im Dilemma zwischen der Befolgung der Stuttgarter Vorgaben und dem zu erwartenden Unmut vor Ort entschied sich der Arbeiter- und Soldatenrat, nach „Anstürmen der Bevölkerung“ gemeinsam mit dem Gemeinderat gegen diese Sammelstellen vorzugehen, nicht wegen der zuständigen Menge von 1/4 l Milch pro Tag und Person, sondern wegen der Sammelstellen an sich²⁵. Die Milcherfassung von

22 *Beschluss vom 18.11.1918 sowie undatierte Aufstellung ibidem.*

23 *Der Artikel in IJZ vom 14.11.1918, das Schreiben vom selben Tag ibidem.*

24 *Schriftwechsel zwischen dem Landesausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte Stuttgart und dem Arbeiter- und Soldatenrat Ellwangen vom 18. und 19.2. 1919.*

25 *Zunächst hatte der Arbeiter- und Soldatenrat die Bevölkerung aufgefordert, allen Maßnahmen der Verwaltung unbedingte Folge zu leisten, und mit Einschreiten gedroht. (IJZ 6.12.1918)*

der Ortssammelstelle über die städtische Sammelstelle bis zum Transport nach Stuttgart würde die Milch erstens verteuern und zweitens sauer machen, da das ganze ja „Tage in Anspruch nehme“. Der Vorsitzende August Ohnewald forderte daher eine Aufhebung der Sammelstellenpflicht, er befürchte sonst noch mehr „Milchhamsterei und Missstimmung“²⁶. Gegen die Erfassung im Milchsammlstellen hatten sich ferner auch die Ellwanger Ärzteschaft aus hygienischen Gründen, der Ellwanger Frauenverein wie auch zahlreiche Einzelpersonen schriftlich beschwert²⁷. Am Ende setzte sich der Ellwanger Vorschlag durch, nichtzuletzt auch deshalb, weil der Ausschuss der Räte in Stuttgart im Sommer 1919 beinahe gänzlich entmachtete wurde. Für den Ellwanger Arbeiter- und Soldatenrat lässt sich jedoch feststellen, dass er die handfesten Interessen der Bevölkerung vor Ort höher stellte als die zentralistischen Vorgaben aus Stuttgart. Ein ideologisch linientreuer Arbeiterrat hätte anders entschieden. Dazu passt auch, dass August Ohnewald, nachdem er am 25.5.1919 als Mitglied der Liberalen in den Ellwanger Gemeinderat gewählt worden war, auch namens des noch existierenden Arbeiterrates sich zur loyalen Mitarbeit in diesem Gremium bekannte²⁸.

III. Die veränderte Rolle der Frau

Auch in Stadt und Kreis Ellwangen übernahmen Frauen große Teile der Arbeiten der mobilisierten Männer auf dem Feld und in Gewerbe und Industrie. Beinahe täglich inserierten die großen Fabriken in Aalen und suchten gezielt Frauen für die Industriearbeit. Gegen Ende des Krieges war im Grunde klar, dass angesichts der enormen Leistung der Frauen an der Heimatfront eine Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen unumgänglich war, insbesondere nachdem Kaiser Wilhelm II. in der Osterbotschaft 1917 die Abschaffung des Klassenwahlrechts verkündet hatte. Bereits im Oktober 1918 drängten die verschiedenen Frauenverbände den Reichskanzler Max von Baden, nun auch das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen einzuführen. Gleichzeitig wurden überall im Reich im Herbst 1918 sogenannte „Kriegsfrauentage“ abgehalten, so auch in Ellwangen am 14.10.1918, organisiert vom katholischen Mutterverein. In seiner Rede vor 400 (!) Zuhörerinnen legte Stadtpfarrer Staudenmaier die Genese des Krieges (Ausbruch, Verlauf, Lage) dar, da, wie es hieß, die Frau an sich noch „keine klare Einsicht in die Zusammenhänge“ habe und allerlei Gerede und „entmutigende Schlagwörter“ ins Kraut geschossen seien²⁹. So überheblich und bevormundend diese Aussage aus

26 Ohnewald folgte damit dem Ellwanger Gemeinderatsbeschluss vom 6.2.1919 (Ratsprotokolle 1918/19 S.331-36), vgl. sein Schreiben vom 18.2.1919.

27 Der Gemeinderatsbeschluss vom 6.2.1919 sah weiterhin einen direkten Kontakt zwischen Kuhhalter und Verbraucher über Milchkarten vor. So war es auch in Schwäbisch Hall und Crailsheim erfolgt, während das benachbarte Aalen eine Verschlechterung der Milchqualität seit Einrichtung der Sammelstelle beklagte.

28 Rede von Ohnewald zur Eröffnungssitzung des Gemeinderates am 12.6.1919.

29 IJZ 15.10.1918.

heutiger Sicht auch scheint, so beweist sie doch den bereits erfolgten Wandel in der Frage des Frauenwahlrechts auch in den Reihen des katholischen Zentrums. Am 11.11. 1918 konzidierte der Leitartikel der IJZ in der Besprechung des Regierungsprogramms Eberts: „Einige Punkte wie das Frauenstimmrecht klingen in unseren Ohren noch etwas paradox, aber letzteres ist nicht gerade so, dass seine Einführung den Weltuntergang bedeuten müsste.“ Als der Rat der Volksbeauftragten am 12.11.1918 eine Wahlrechtsreform mit Frauenwahlrecht proklamierte, war der Weg zum Frauenwahlrecht geebnet. So verkündete auch der Landtsabgeordnete Walter (Zentrum) am 17.11. in Ellwangen, dass man sich nicht mehr gegen das Frauenwahlrecht sträuben könne, da die Frauen ja 4 Jahre die Last des Krieges getragen hätten³⁰.

Sobald gesetzlich geregelt war, dass sowohl die Wahlen zum Landtag des Volksstaates Württemberg am 12.1.1919 wie auch die zur Nationalversammlung eine Woche später am 19.1.1919 mit Frauenwahlrecht stattfinden würden, veränderte sich auch die gesellschaftliche Mobilisierung der Parteien, in Ellwangen insbesondere die der dominierenden Zentrumspartei. Bei der Berichterstattung fast aller politischer und gesellschaftlicher Veranstaltungen, auch beim Windhorstbund, wurde nun explizit über die Anwesenheit von Frauen berichtet. Man hatte deren Bedeutung für das katholische Votum erkannt, ohne allerdings einen gewissen patriarchalischen Hochmut ablegen zu können. So findet sich in der IJZ vom 20.12.1918 folgender Appell:

„Und ihr, katholische Frauen und Jungfrauen, nicht nur hinten (in der Zeitung) lesen, wo die „schöne Geschichte“ vorkommt oder die Heiratsanzeigen stehen, sondern auch vorn, wo es heißt: Politisches! Ihr seid jetzt mitberufen, mitzuarbeiten an den Geschicken des deutschen Volkes.“

Die Ellwanger Frauen machten von der neuen Aufmerksamkeit regen Gebrauch: bei der großen Wahlversammlung des Zentrums am 22.12. hörten 600 Frauen die Landessekretärin Aberle des katholischen Frauenbundes, bevor ihnen Pfarrer Staudenmaier das Programm der Zentrumspartei darlegte. Bei der anschließenden Männerversammlung – eine gemeinsame Parteiversammlung galt noch als unerhört – nahmen nur 450 Männer teil³¹. Auch die Liberalen Ellwangens gründeten am 29.12.1918 eine Frauenabteilung, zu deren Vorsitzenden die Frau von Regierungsbaumeister Mack gewählt wurde. Und die Ellwanger Frauen wählten eifrig: Die Wahlbeteiligung insgesamt lag in Ellwangen am 12.1.1919 bei 95,5%, eine Woche später bei 94,7%. Wenn man von einer einigermaßen gleichmäßigen Verteilung der Frauen- und Männeranteile ausgeht (mache Männer waren ja noch nicht demobilisiert!), übertraf die Wahlbeteiligung der Ellwangerinnen den reichsweiten Durchschnitt von 82% um mehr als 10%. Und dies, obwohl z.B. bei der Zentrumspartei Württembergs nur 3 von 60 Kandidaten weiblich waren.

30 IJZ 19.11.1918

31 IJZ 23.12.1918

IV. Die Spanische Grippe erreicht Ellwangen

Das Grippevirus H1N1, genauer gesagt der Subtyp Influenza-A-Virus H1N1, ist vermutlich im Januar oder Februar 1918 im Mittleren Westen der USA von Geflügel oder Schweinen auf den Menschen übersprungen. Verschiedene Influenza-Typen hatten Europa zwar immer wieder heimgesucht, z.B. auch Ellwangen 1889/90, aber kein Erreger war so infektiös und letztlich auch gefährlich, wie dieser der sogenannten Spanischen Grippe, der im Übrigen eng verwandt mit dem Erreger der sogenannten Schweinegrippe von 2009 ist. Die erste Massenverbreitung erfolgte wohl in den Ausbildungslagern des US-Expeditionskorps in den USA im März und April 1918, mit diesen Soldaten kam das Virus dann auch auf den Truppentransportern nach Europa, hier insbesondere in die französischen Hafenstädte und dann in die Schützengräben der Westfront. Die Front selbst stellte für das Virus kein Hindernis dar. Über Kriegsgefangene erreichte es dann auch schnell die deutsche Seite der Schützengräben. Auf beiden Seiten waren die Ausfälle durch Grippeerkrankungen im Frühjahr 1918 so erheblich, dass ganze Einheiten nicht einsatzfähig waren und manche Gefechtsplanungen verschoben werden mussten. Auf Grund der Zensur auf beiden Seiten wurde dies der Öffentlichkeit aber nicht bekannt, nur im neutralen Spanien, das das Virus im Mai 1918 erreichte, berichtete die Presse breit darüber. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Grippe die „Spanische“ heißt – auch in der Ellwanger Berichterstattung ist zunächst stets von der „Spanischen Krankheit“ die Rede. Durch Fronturlauber, Verwundeten- und Kriegsgefangentransporte gelangte die Krankheit Anfang Mai ins Reich, zunächst in die Garnisonen des Ersatzheeres und von dort in die Zivilbevölkerung. Unter dieser breitete sich die Krankheit seit Mitte Juni 1918 von Westen nach Osten aus³².

Ab Anfang Juli berichtet die IJZ³³ erstmals ausführlicher über die Grippewelle in Frankreich, England und Spanien, die aber nun auch Deutschland erreicht habe und bereits als Epidemie eingestuft würde. Als besonders betroffen galten Fabrikhallen und Straßenbahnen sowie Telefonstellendienste und die Post, wo es bereits zu Ausfällen kam. Wenige Tage später traten auch in Ellwangen die ersten Fälle auf, wie die IJZ am 5. Juli meldet. Die Frühjahrspandemie führte in allen betroffenen Ländern zwar zu vielen Erkrankungen, die aber zumeist harmlos verliefen. Recht schnell meldete sich auch das Robert-Koch-Institut zu Wort und gab eine allgemeine Einschätzung der Krankheit ab: Die Krankheit sei „gutartig“ und „harmlos“ und ebbe nach ein paar Tagen so plötzlich, wie sie gekommen sei, ab. In Ellwangen wurde zwar das Gymnasium kurzfristig in Teilen geschlossen, große Abendveranstaltungen in der Turnhalle und an anderen Orten fanden aber weiter statt. Allerdings kamen auch schon im Frühjahr

32 Vgl. Eckard Michels, *Die „Spanische Grippe“ 1918/19. Verlauf, Folgen und Deutungen in Deutschland im Kontext des Ersten Weltkrieges*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58 (2010), 1-33. *Die jüngste, in Teilen der Interpretation etwas übertriebene Darstellung ist: Laura Spinney: 1918 – Die Welt im Fieber. Wie die Spanische Grippe die Gesellschaft veränderte. München 2018.*

33 Für das Folgende vgl. IJZ zum 1.7.1918 (*Einschätzung des Robert Koch Institutes*), 4.7. und 5.7.

gelegentlich äußerst heftige Grippefälle vor, die insbesondere bei Menschen im eigentlich widerstandsfähigsten Alter zu einem schnellen Tode führten. In Ellwangen zeigt die Sterbestatistik für den Juli 1918 immerhin 4 im Alter zwischen 20 und 40 Jahren verstorbene Frauen an, deren Tod möglicherweise auf die Grippe zurückzuführen ist. Mögliche Zusammenhänge zwischen der Kriegssituation und der stark geschwächten Widerstandskraft der Bevölkerung wurden aber in der Ellwanger Presse (wie auch in den Behörden) ebenso wenig diskutiert wie das Ausmaß der ersten Grippewelle. Schließlich erwartete man doch von der Sommeroffensive im Westen den endgültigen Sieg der Mittelmächte.

Doch es sollte anders kommen.

Kaum war die erste Welle im Juli 1918 abgeflacht, baute sich bereits die zweite, weitaus tödlichere auf. Der Ausbruch dieser zweiten Welle wurde im letzten Augustdrittel 1918 in Frankreich, Westafrika und den USA registriert. Man geht davon aus, dass das Virus sich nochmals genetisch verändert hat und nun eine etwa fünfundzwanzig- bis dreißigfach höhere Mortalität aufwies als eine normale saisonale Grippe. Die IJZ begann mit ihrer Berichterstattung über den zweiten Ausbruch der Grippe ab dem 12. Oktober, und zwar über die früh und schwer getroffene Gemeinde Laichingen (heute: Alb-Donau-Kreis) sowie aus dem Kloster Untermarchtal, wo die Grippe erste Todesopfer forderte. In Laichingen konnte dann auch eindeutig festgestellt werden, dass es sich, entgegen aller ins Kraut geschossenen Befürchtungen, um eine Influenza-Form und keine Lungenpest oder Typhuseuche handelte. In dieser 3. Oktoberwoche 1918 finden sich nun auch zwei bemerkenswerte Todesanzeigen in der IJZ, von einer 31-jährigen in Tannhausen und einer 29-jährige in Unterschneidheim, die beide „unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit“ verstorben sind. Möglicherweise handelt es sich hierbei bereits um die ersten Grippetoten der zweiten Welle im Raum Ellwangen. Die Berichterstattung über lokale Ausbrüche in Württemberg und Bayern nahm nun täglich Fahrt auf, in der Regel brach die Grippe zunächst in den Schulen aus und streute von dort in der Stadt³⁴. Auch die Einschätzung der Lage änderte sich: man beobachtete „schwere Lungenentzündungen und ruhrartige Erkrankungen“ auch mit tödlichem Ausgang, betroffen seien vor allem jüngere Menschen und eher Frauen als Männer³⁵. Am 23.10. kam es auch in Ellwangen zu einem ersten Ausbruch der Grippe insbesondere in den Schulen, das Gymnasium, dessen Oberstufe etwa 70% Erkrankte aufwies, wurde in Teilen bis zum 4. November geschlossen. In kürzester Zeit wurden auch weitere umliegende Städte von großen Ausbrüchen erfasst: Am 29.10. Schwäbisch Hall, Künzelsau und Schorndorf, am 31.10. Schwäbisch Gmünd, wo im Kriegslazarett 20 Soldaten an der Grippe starben. Anfang November wütete die Grippe in Bühlertann, von wo es heißt, dass alle Häuser betroffen und in kurzer Zeit mehr als 12 Personen verstorben seien³⁶.

34 15.10. Öttingen, 17.10. Rottweil, 23.10. Ulm und Reutlingen.

35 IJZ 22.10.1918

36 Vgl. IJZ 24.10., 28.10. und 7.11.1918

Die Lage in Ellwangen scheint sich demgegenüber nach der teilweisen Schulschließung beruhigt zu haben, zumindest erscheinen zwei Wochen lang keine weiteren Meldungen und nur 2 Todesanzeigen, die in Verbindung mit der Grippe gesehen werden können. Trotzdem wurden die Ellwanger Schulen am 4.11. wieder eröffnet, die Schüler gingen sogar durch die Klassen und von Haus zu Haus, um für eine Zeichnung der 9. Kriegsanleihe zu werben – mit keinem geringen Erfolg im Übrigen³⁷. Im Laufe der Woche – alle Schulen waren offen, es gab keinerlei Einschränkungen im öffentlichen Leben – scheint sich dann aber die Grippe explosionsartig in und um Ellwangen verbreitet zu haben: Am 8.11. ließ das Oberamt verkünden, dass man doch Veranstaltungen absagen bzw. ihnen fernbleiben und auch von Besuchen in Krankenhäusern absehen solle. Eine Vorschrift war dies jedoch nicht. Während nun die Schulen im Umfeld von Ellwangen geschlossen wurden, blieben die Ellwanger Schulen weiter offen. Immerhin sagte aber der katholische Gesellenverein seine politische Kundgebung, die auf den 9.11. - den Tag der Revolution in Deutschland – geplant war, aus Gründen der Infektionsgefahr ab³⁸. Trotzdem ließ sich die Ausbreitung nicht mehr stoppen, es kam in den folgenden beiden Wochen zu mehr als 50 Toten im Raum Ellwangen, die auf die Grippe zurückzuführen sind.

Aus Mangel an einer amtlichen Statistik – die Influenza war nicht meldepflichtig – lässt sich eine genaue Zahl nicht feststellen. Wenn man aber die Todesanzeigen im Oktober/November 1918 statistisch auswertet, dabei vor allem die Todesanzeigen derjenigen 41, die, wie es heißt, „nach kurzer schwerer Krankheit“ verstarben, lassen sich folgende Muster erkennen³⁹: es handelte sich um meist jüngere Frauen zwischen 20 und 40 Jahren, weniger aus Ellwangen selbst als aus den umliegenden Gemeinden und auffällig viele, die deutliche Mehrzahl, aus kleineren Höfen und Weilern⁴⁰. In der Offiziersgefangenenanstalt erlagen 8 Offiziere und 12 Mannschaftsgrade der Grippe. Die Gefangenenanstalt hatte sich, nachdem die Soldaten seit dem 11.11.1918 keine Kriegsgefangenen mehr waren und in der Stadt frei verkehrten, zu einem zweiten Infektionsherd entwickelt, vermutlich erkrankten mehrere Hundert der noch anwesenden Soldaten daran. Die von der medizingeschichtlichen Forschung aufgestellte These, wonach eher Frauen zwischen 20 und 40 Jahren, eher gesunde als schwache Personen, und prozentual eher Personen in abgelegenen Gegenden als in den Städten tödlich infiziert wurden, bestätigt sich also in Ellwangen. Dieser Befund wird zum einen dadurch erklärt, dass viele Männer in diesem Alter zwar auch an der Grippe starben, aber bei den Verlusten im Feld geführt wurden. So finden sich

37 IJZ 6.11.1918

38 IJZ 9.11. und 11.11.1918

39 *Nur in wenigen Fällen wird die Todesursache explizit als die Grippe angegeben oder die „ungeheure tückische Krankheit“*

40 *Alter: zwischen 10 und 73 Jahre, mehr als die Hälfte zwischen 20 und 45 Jahr. - Geschlecht: 35 Frauen, 6 Männer. - Orte: Ellwangen (10), Bühlertann (5), Tannhausen (2), Jagstzell (2), Neuler (2), Unterscheidheim (2), Killingen, Röhlingen, Pfahlheim, Ropfershof, Bleichroden, Schwabsberg, Buch, Dalkingen, Rattstadt, Stödtlen, Ellenberg, Hochkreut.*

nur zwei Traueranzeigen für Soldaten, die im Lazarett an einer Lungenentzündung verstorben sind, bei vielen als Gefallenen verzeichneten Todesanzeigen ist dies aber gar nicht zu entnehmen. Man erklärt die Anfälligkeit vor allem der jüngeren und mittleren Jahrgänge für die Grippe damit, dass deren leistungsfähige Immunsysteme sich in einer Art Überreaktion bei dem Versuch, die Viren zu bekämpfen, schließlich gegen alle betroffenen Körperzellen wendeten. Die große Streuung in fast jedem Weiler und Hof ist ebenfalls typisch: Man geht davon aus, dass gerade in den abgelegenen Weilern die vorigen Influenza-Ausbrüche nicht angekommen waren, also gar keine Antikörper im Sinne einer Grundimmunität gegen Grippeviren in der Landbevölkerung vorhanden waren.

Die Maßnahmen von Seiten der Reichs- bzw. Landesbehörden waren unverbindlich, unkoordiniert und in Teilen planlos. Alles wurde den Lokalverwaltungen überlassen, und so kam es, dass die Schulen in Ellwangen zwar bereits im Oktober geschlossen waren, in den umliegenden Gemeinden erst zwei Wochen später – und dann in Ellwangen wieder aufgemacht wurden bei gleichzeitiger Hauswerbung für die Kriegsanleihe. Zu drastischen Maßnahmen, die praktisch zum Stillstand des öffentlichen Lebens geführt hätten inklusive einem generellen Verbot von Versammlungen, der Schließung von Gaststätten und dem Aussetzen von Gottesdiensten, wie sie etwa einige Kantone der Schweiz verordneten, konnte sich weder Ellwangen noch eine andere Kommune im Reich durchringen. Möglicherweise spielte hier die angespannte Stimmung in der Bevölkerung, das allmähliche Durchsickern der drohenden Niederlage und soziale Unzufriedenheit eine Rolle. In jeden Fall scheint es aber klar, dass das zu frühe bzw. unkoordinierte Aufmachen der Schulen einen ausschlaggebende Wirkung auf diese tödlichen Ausbruch der Grippe im November gehabt hat.

So dramatisch die Auswirkungen der spanischen Grippe weltweit waren, es fielen ihr immerhin mehr Menschen zum Opfer als dem Krieg selbst, so seltsam mutet ihr leises Verschwinden aus dem öffentlichen Gedächtnis schon ab 1919 an, auch in Ellwangen. In der Neuen Zürcher Zeitung hieß es bereits am 2. März 1919: „Und wenn wir heute über etwas erstaunt sind, so sind wir es über die beispiellose Gleichmütigkeit, mit der die Menschheit diese Seuche hingenommen hat. Aber eben: die Welt ist an den Massentod gewöhnt. In einer Zeit, da im rasenden Triebwerk furchtbarer Kriegsmaschinen täglich tausend Menschen zermalmt wurden, verlor der natürliche Tod an Sensation.“ Dies mag auch die Ursache dafür sein, dass die Ellwanger Chronik für das Jahr 1918/19 zwar verschiedene Tierseuchen erwähnt, die spanische Grippe in Ellwangen aber mit keinem Wort.

V. Welche Republik? Wahlen und Wahlkampf im Januar 1919

Das politische Leben, das im Zeichen des „Burgfriedens“ über 4 Jahre hinweg in Ellwangen geruht hatte, begann wieder mit einer Versammlung des katholischen Männervereins, also des Zentrums, am 17.11.1918 unter Vorsitz von

Stadtpfarrer Staudenmaier. Versammlungsort war, wie auch schon in der Vorkriegszeit, der Weiße Ochsen. In seiner Rede folgte Staudenmaier der Linie, die das württembergische Zentrum am 14.11. ausgegeben hatte: Unterstützung der neuen „Regierung des Umsturzes“ aus Gründen der Vernunft und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gegen die Spartakisten⁴¹. Zur Lage in Ellwangen erläuterte Stadtschultheiß Ettensperger, dass man in der Stadt die Vorgänge am 11.11. „geduldet habe“, um Aufruhr zu verhindern. Man müsse aber keine „Gänsehaut“ bekommen, wenn nun ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet sei. Es seien lauter „gesetzte Männer“, die die Unruhe in ihren Reihen „von unten“ unterdrückten. Außerdem verlangte er eine Zusammenarbeit des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem noch zu konstituierenden Bauernrat, insbesondere im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung. Sicherlich spielte dabei auch die Überlegung eine Rolle, dass die eher konservativen Interessen der Bauerschaft mögliche radikale Forderungen der Arbeiter und Soldaten ausbremsen würden.

Die auf den 19.11.1918 angesetzte Konstituierung eines Bauernrates im Roten Ochsen verlief jedoch turbulent und konnte nur wenig Zufriedenheit bei den Teilnehmern erzeugen, das lässt zumindest die Presseberichterstattung und ein danach erschienener Leserbrief ebendort erkennen. Zunächst fanden nicht alle Interessierten Platz im Wirtshaus, so dass zahlreiche, mehr als Hundert außerhalb des Gasthofes warten mussten und nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten. Dass aber überhaupt mehrere Hundert Interessierte da waren, bezeugt das enorme Interesse in der Bauerschaft. Zweitens hatte der Landwirt Schai-ble aus Jagstzell zwar zur Versammlung offiziell eingeladen und diese eröffnet, einen formellen Wahlausschuss und eine Tagesordnung aber nicht aufgestellt. So gab es keine Rednerliste und auch keine geheime Wahl, ebensowenig einen Proporz zwischen den einzelnen Ortschaften. Im Ergebnis wurden bei 6 gewählten Räten und 30 Beisitzern 2 Vertreter aus Westhausen gewählt, während Schrezheim, Stöttlen, Benzenzimmern und Walxheim keinen Rat oder Beisitzer hatten. Drittens gab es auch inhaltlich erhebliche Differenzen, die einen wollten zurück zur Monarchie, andere einen engen Schulterschluss mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Vertreter ebenfalls anwesend waren. Die Mehrheit der Stimmen fiel jedoch auf den Landwirt Feylmair aus Ruittal, einen späteren Zentrumsabgeordneten, der ein gemäßigtes Vorgehen befürwortet hatte, beim Arbeiter- und Soldatenrat aber eine Vertretung von sechs statt drei Bauernräten forderte⁴².

In dieser allgemein unübersichtlichen Lage – in Ellwangen und im Reich – setzte sich sowohl beim Rat der Volksbeauftragten in Berlin wie auch bei der Rätebewegung am 25.11. mehrheitlich der Wunsch nach Konstituierung einer Nationalversammlung durch allgemeine Wahlen durch, sehr zum Verdruss des

41 IJZ 19.11.1918

42 IJZ 20.11.1918 und IJZ 3.12.1918 (Leserbrief). Offiziell wurden im Arbeiter- und Soldatenrat aber 3 Bauernräte zugelassen.

linken Flügels der USPD und der Spartakisten, die das Rätemodell weiter voranbringen wollten. Noch bevor diese Tendenz aber zu erkennen war, luden die Ellwanger Zentrumsparterie und die liberale Vereinigung auf den 24.11. zu einer allgemeinen Wählerversammlung in die Turnhalle ein, als Redner sprachen der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Eugen Bolz für das Zentrum sowie der württembergische Minister für Ernährung Julius Baumann, ein gebürtiger Ellwanger und Mitglied der liberalen Volkspartei. Da es sich um keine parteipolitische Kundgebung im engeren Sinne handelte, wurden auch keine Parteiprogramme vorgestellt. Ziel war es vielmehr, Männer und Frauen auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Republik einzuschwören, die diese mit großer Mehrheit am Ende auch in einer Beschlussfassung unterstützten. Den Versuchen der USPD und der Spartakisten in Berlin, die Wahlen zur Nationalversammlung hinauszuzögern, wurde eine klare Absage erteilt. Der ebenfalls anwesende Zentrumsabgeordnete Walter betonte in einer Stellungnahme sogar, im Notfall werde man in Württemberg auch „ohne Berlin“ oder sogar „gegen Berlin“ Wahlen durchführen⁴³. Interessant ist, dass die beiden Redner Baumann und Bolz die Schuld am verlorenen Krieg eindeutig dem „aufgeblasenen Militarismus“ und der Obersten Heeresleitung zuschrieben, die die schwachen Reichskanzler regelrecht entmachteten hätten. Von der bald allenthalben verbreiteten Dolchstoßlegende war in Ellwangen zu diesem Zeitpunkt nichts zu hören. Damit hatte sich in Ellwangen ein breiter Konsens etabliert, der im Grunde genommen den Konsens der sogenannten Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und Liberalen vorwegnahm: Akzeptanz der republikanischen Staatsform auf der Basis einer parlamentarischen Verfassung.

Kurz darauf begann auch schon die Wählermobilisierung für die anstehenden Wahlen im Januar (12.1. Württemberg/19.1. Nationalversammlung). Den Auftakt machte die Zentrumsparterie mit der Vorstellung ihres Wahlprogrammes in der Zeitung am 27.11.1918. Die Grundzüge desselben waren eine Beibehaltung der föderalen Verfasstheit des Reiches, z.B. mit kultur- und finanzpolitischer Selbständigkeit der Länder, Förderung des Mittelstandes und der Landwirtschaft. Der große Unterschied zu den anderen bürgerlich-liberalen Parteien betraf wie schon in der Vorkriegszeit die Kultuspolitik und das Verhältnis von Kirche und Staat: „Gesetzgebung und Verwaltung, ja das ganze öffentliche Leben in Staat und Gesellschaft muss vom Geist eines lebendigen Christentums durchdrungen sein, wenn das Wohl des gesamten Volkes gesichert werden soll.“ Dazu gehörte auch die Forderung nach Gleichberechtigung aller Kirchen, Orden und Kongregationen, die „Bekämpfung der Ehescheidungen“, „Bewahrung des Kindersegens in der Familie“, „Kampf gegen die sittliche Verwilderung und Verseuchung des Volkes durch Schmutz- und Schundschriften sowie durch schamlose Theater- und Kinoaufführungen.“ In der Schule solle weiterhin die Freiheit des Privatunterrichts gelten, also vor allem Bestandsschutz für weiterführende kirchliche Schulen, und die konfessionsgebundene Volksschule. Die Sozialdemokratie sei die Partei der „Gottesleugnung“ und des „Freiden-

43 *Berichterstattung in IJZ 26.11.1918*

kertums“, nicht so sehr die der Revolution⁴⁴. Die Revolution wiederum wurde nur als Parteirevolution in Berlin gewertet, hinter der das deutsche Volk nicht stehe, nicht einmal die ganze SPD. Es gelte Ruhe und Ordnung zu wahren und die nationale Einheit durch innere Unruhe nicht aufs Spiel zusetzen. Die Arbeiter- und Soldatenräte seien nur eine „Übergangsorganisation“ und Vertreter vor den Behörden, legitime Herrschaft habe aber nur eine gewählte Nationalversammlung. Die immer noch in konservativen Kreisen brisante Frage, ob man die Republik endgültig akzeptieren oder doch noch eine Monarchie über die Hintertür wieder einführen wolle, wurde bei den Wahlkampfauftritten gezielt marginalisiert: Weder das eine noch das andere sei entscheidend, sondern nur die Tatsache, dass eine Verfassung mit religiösen Grundrechten und eine Nationalversammlung verabschiedet wird⁴⁵. Das Zentrum setzte damit eine bürgerlich-konservative, antimodernistische und dezidiert katholische Parteiprogrammatik fort. In der ersten Bezirksversammlung der Zentrumspartei im Weißen Ochsen am 17.12.1918 fand die Revitalisierung der Partei ihren Höhepunkt: 372 Delegierte wählten unter Vorsitz des Stadtpfarrers Staudenmaier den Landwirt Feilmayer (Ruital), gleichzeitig Vorsitzender des Bauernrates, zum Zentrums kandidaten für die Landesversammlung und den nicht anwesenden Eugen Bolz per Akklamation für die Zentrumsliste bei den Reichstagswahlen⁴⁶.

Die Wahlen im Januar 1919 fanden nicht nur zum ersten Mal mit dem neuen Frauenwahlrecht statt, sondern auch reichsweit mit dem Verhältniswahlrecht. War ein Reichstagsabgeordneter bisher durch Mehrheit in seinem Wahlkreis gewählt worden, wurden nun die Sitze des Reichstags proportional nach Stimmzahl der Parteien vergeben. Diese mussten dazu eine Liste (auf Ebene von Großwahlkreisen) festlegen. Dieses Wahlrecht galt in Württemberg schon seit 1906, war in anderen Ländern des Reiches aber unbekannt. Die zwei großen Konsequenzen dieser Veränderung waren, dass die regionale Verwurzelung eines Kandidaten kaum noch eine Rolle spielte, andererseits auch Parteien, die in bestimmten Gegenden chancenlos waren, nun doch antreten konnten um wenigstens einige Stimmen zu sammeln. Die Neuerung wurde auch in Ellwangen als so bedeutend betrachtet, dass die IJZ zum 1.1.1919 die Vor- und Nachteile des neuen Wahlrechts darlegte. Sie wies ihre Leser darauf hin, dass über die Kandidatenauswahl nur der parteipolitisch gebundene Bürger Einfluss nehmen könne, nämlich in den Vorwahlen und Parteiversammlungen, am Wahltag selbst könne nur eine Liste gewählt werden. Dass der Wähler hier im Grunde auf die „Lage eines Zettelträgers“ reduziert werde, wurde durchaus kritisch gesehen, da weder Namen gestrichen noch ergänzt werden dürften. Zudem zeigte der

44 IJZ 28.11.1918.

45 Zur Einschätzung der Revolution und der Frage nach der Staatsform vgl. Eugen Bolz am 27.11.1918 und 12. 12.1918 (in Zipplingen) und Stadtpfarrer Staudenmaier in weiteren Veranstaltungen im Dezember und Januar 1918/19.

46 IJZ 18.12.1918. Es ist zu vermerken, dass die Abschaffung der individuellen Wahlkreise zugunsten einer ganz Württemberg umfassenden Wahlliste dazu führten, dass die aussichtsreichsten Plätze auf einer Landesversammlung und nicht durch regionale Akklamation vergeben wurden.

Wahlzettel nur die ersten 15 Namen der Parteiliste, über alle weiteren musste sich jeder selbst kundig machen. Kurzum: Da mit der Neuerung des Wahlmodus, der Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre, der Zulassung der Soldaten zur Wahl und natürlich mit dem Frauenwahlrecht grundlegende Veränderungen eintraten, waren die Parteien eifrig um eine möglichst umfassende Wählermobilisierung bemüht.

Als zweite parteipolitische Gruppierung lud die liberale Vereinigung Ellwangen für den 20.12.1918 in die Brauerei Preininger, ehemals Brauerei Heinle zur Versammlung ein. Dort wurde bekannt gegeben, dass die alte württembergische Volkspartei nun in der neuen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aufgehe. Als Redner waren der Stuttgarter Rechtsanwalt Reinhold Maier, der spätere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sowie der Vorsitzende des Ellwanger Arbeiterrates August Ohnewald anwesend⁴⁷. Die Wahlversammlung mit etwa 250 Teilnehmern unterstützte Programm und Parteineugründung, konnte mit dieser Parteigründung doch der alte Graben, der auch die Ellwanger Liberalen zwischen linken Volksparteilern und eher nationalen Liberalen getrennt hatte, überwunden wurden. Eine Woche später lud die liberale Vereinigung erneut zur Wählerversammlung an, diesmal explizit mit dem Zweck auch eine liberale Frauenvereinigung zu gründen. Zur Vorsitzenden wurde die Frau des amtierenden Regierungsbaumeisters Mack gewählt – und als solche auch immer bezeichnet: Frau Regierungsbaumeister Mack – die in ihrer Rede die Tatsache des Frauenstimmrechts und deren notwendige Aufgabe betonte und, wohl mit einem Seitenhieb auf die katholische Frauenbewegung, forderte, ohne „Heuchelei“ politische Standpunkte zu vertreten⁴⁸.

Auch die örtliche Zentrumspartei lud an diesen beiden letzten Wochenenden des Dezember zu mehreren Versammlungen ein, wobei die Versammlung für die Wählerinnen, wie bereits gezeigt, von der der Wähler zeitlich und räumlich getrennt wurde. Die Zentrumspartei konnte, wie auch schon vor 1914, auf ein dichtes Netzwerk des Vereinskatholizismus zurückgreifen. So luden zur Versammlung am 22.12.1918 der katholische Arbeiterverein, der katholische Volksverein, der katholische Gesellenverein, der Windhorstbund, der katholische Männerverein, der katholische Mütterverein, der Jungfrauenverein und der Elisabethenverein ein – jeweils unter Nennung des oder der Vorsitzenden⁴⁹. Die mehreren Hundert Teilnehmer fanden sich in der Turnhalle ein, gleichzeitig übrigens zur Versammlung Liberalen. Und: es fand auch noch eine dritte Versammlung gleichzeitig statt, nämlich der SPD in Bühlertann. Die Versamm-

47 IJZ 19.12.1918 und IJZ 21.12.1918. Die DDP hatte sich im Berlin am 20.11.1918 gegründet als Sammelbecken ehemaliger Linksliberaler der Fortschrittspartei und dem linken Flügel der Nationalliberalen, darunter z.B. Max Weber. Vgl. dazu Jürgen C. Heß: *Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei* (= Kieler historische Studien. Band 24). Klett-Cotta, Stuttgart 1978

48 IJZ 31.12.1918.

49 IJZ 21.12.1918.

lung wurde weder in der IJZ angekündigt noch dort besprochen – was auch eine bitteren Leserbrief und eine Stellungnahme der Redaktion zur Folge hatte.

Die Wählermobilisierung gehorchte im Grunde immer noch der Tradition des 19. Jahrhundert: vopolitische Vereinigungen, insbesondere bei der Zentrums- partei, aber auch bei den Liberalen aktivierten die Bevölkerung, ganzseitige gedruckte Parteiprogramme wurden verteilt und Redner von einem gewissen regionalen Bekanntheitsgrad wurden eingeladen. Die Versammlungen der Libe- ralen fanden ausschließlich in Ellwangen statt, während das Zentrum auch in fast jeder Landgemeinde eine solche abhielt⁵⁰. Neben der aktiven Ansprache der Frauen war bei der Zentrums- partei neu, sich dezidiert als überkonfessionelle christliche Partei darzustellen, die auch für die evangelische Bevölkerung wähl- bar sei. Diese Ausrichtung, die im Laufe der 1920er Jahre wieder aufgegeben wurde und erst nach 1945 wieder auflebte, blieb aber in Ellwangen ohne große Bedeutung.

Der Wahlkampf, der in der ersten und zweiten Januarwoche weitergeführt wur- de, konzentrierte sich inhaltlich recht schnell auf die Frage nach dem Verhält- nis von Staat und Kirche in der neuen Repulik. Sowohl Liberale wie Zentrum bekannten sich, die ersteren etwas deutlicher und expliziter, zur Republik und lehnten weitere Forderungen der Rätebewegungen nach Verstaatlichung von Großindustrie und Großgrundbesitz ab. Auch sollte das neue Deutsche Reich nach dem Untergang der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, wieder Deutsch- Österreich in den Bund holen – eine Forderung, die schon im 19. Jahrhundert Linksliberale und Katholiken verbunden hatte⁵¹. Der große Unterschied betraf jedoch die religiöse Frage, die sich in der Neuausrichtung der Schulstruktur institutionell niederschlug: Trat das Zentrum weiterhin für die konfessionelle Grundschule und die Beibehaltung von privaten, also kirchlichen, auch von Or- den geführten weiterführenden Schulen ein, verlangte die DDP die sogenannte Simultanschule, d.h. ein staatliches Schulwesen mit konfessionellem Religi- onsunterricht. Der Redner Schäfer aus Böblingen erklärte auf der Versammlung am 22.12.18: die Liberalen seien für eine Trennung von Staat und Kirche, ohne allerdings die Kirche wie in Frankreich auf die Ebene eines Vereins herabzuset- zen – wie es auch die SPD forderte – sondern als öffentlich-rechtliche Korpora- tion mit gesichertem finanziellen Status⁵².

Das neue Verhältniswahlrecht brachte es mit sich, dass auch zwei andere, bisher in Ellwangen noch nicht aufgetretene Parteien nun dort Versammlun-

50 *Zwischen dem 28.12. und 3.1. fanden unter Vorsitz des Kandidaten Feilmayr Veranstaltungen in Röhlingen, Dalkingen, Stödtlen, Wört, Pfahlheim und Westhausen statt.*

51 *Michael Hoffmann, „Für die Bewahrung Süddeutschlands“! Ellwangen und die Deutsche Frage 1866 – 1870, in: Wolfgang Mährle (Hrsg.), Württemberg und die Deutsche Frage 1866-1870. Politik - Dis- kurs - Historiographie, Stuttgart 2019, S. 185-218.*

52 *IJZ 23.12.1918. Dort auch der Bericht über die Zentrumsversammlung und der Reden gegen die Simultanschule.*

gen abhielten. Dabei handelt es sich zum einen um die SPD, die am 22.12. in Bühlertann und am 26.12. in Westhausen eine Versammlung abhielt, am 2.1.1919 dann auch eine in Ellwangen, die aber von der Tagespresse weder angekündigt noch besprochen wurde, was im Übrigen offensichtlich zu Kritik an der Redaktion der IJZ führte⁵³. Die zweite, neue Partei war die Württembergische Bürgerpartei, die am 10.1.1919 zum ersten Mal eine Veranstaltung in Ellwangen abhielt. Diese hatte sich am Ende des Krieges als Sammelbecken für Nationalliberale und Konservative vor allem in den evangelischen Gebieten gegründet und bildete den württembergischen Vertreter der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) im Reich. Sie trat mit Nähe zum württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund ebenso wie das Zentrum als christliche Volkspartei auf, zielte also bei der Wählermobilisierung nicht nur auf die evangelischen, sondern auch katholischen Gebiete. In der von Landgerichtsrat Dr. Schwabe geleiteten Versammlung betonte der Redner Dr. Rieger (Stuttgart) zunächst die Gemeinsamkeiten mit Liberalen und Zentrum im gemeinsamen Kampf gegen Sozialdemokratie. Allerdings stellte er auch die Unterschiede zu diesen Parteien deutlich heraus: die Bürgerpartei bevorzuge eine konstitutionelle Monarchie vor dem „absoluten Parlamentarismus“, außerdem wies er die Kritik an der OHL und dem Frontgeist von 1914, wie sie ja auch in Ellwangen geäußert worden war, scharf zurück. Zwar wolle auch die Bürgerpartei keine Revolution von rechts, eine künftiger Rückbau der Republik wurde aber auch explizit nicht ausgeschlossen. Da auch die Bürgerpartei an einer Kooperation von Staat und Kirche festhalten wollte, kommentierte die IJZ die Veranstaltung als „warmherzig“, verzichtete aber – verglichen mit der Berichterstattung zu Zentrumsveranstaltungen – auf eine genaue Berichterstattung, vermutlich um die national gesinnten Katholiken nicht in die Hände der Bürgerpartei zu treiben⁵⁴.

In der ersten Januarwoche 1919 nahm der Wahlkampf nochmals Fahrt auf, bei kleineren und größeren Veranstaltungen vor allem von Zentrum und Liberalen in Ellwangen und Umgebung wurden nun die Differenzen der Parteien deutlich herausgestellt. So beklagte der liberale Redner Postsekretär Wörner am 5.1., dass die Mobilisierung des Zentrums in Ellwangen eindeutig gegen die SPD und auch die linken Liberalen gerichtet sei, und zwar unter ausschließlich religiösen Auspizien. Der Vorwurf entbehrte nicht einer gewissen Berechtigung. Am gleichen Tag tagte der katholische Arbeiterverein im Alten Fuchs zum Thema „Die Ziele der Sozialdemokratie“, in der der Anspruch der SPD, alle Arbeiter zu vertreten, als unchristliche Propaganda markiert wurde. Gleichzeitig erschien

53 IJZ 3.1.1919: Die Redaktion wendet sich in einer Richtigstellung „An mehrere“ gegen eine Beschuldigung, die Anzeige zur SPD-Versammlung in Ellwangen nicht aufgeführt zu haben. Gleichzeitig werde die Redaktion von anderer Seite beschuldigt, Versammlungen der SPD in Bühlertann und Westhausen aufgenommen zu haben, was einem christlichen Blatt nicht zukomme. Die Redaktion stellte daraufhin klar, dass sie von der Ellwanger Versammlung „keine Nachricht“ gehabt habe und grundsätzlich den Standpunkt vertrete, dass es besser sei, die SPD „tage in der Öffentlichkeit“, so dass jederman „auf der Hut“ vor ihr sein könne.

54 IJZ 11.1.1919.

in der IJZ eine große Informationskampagne gegen die Forderung der Trennung von Staat und Kirche und gegen die Simultanschule. In einer weiteren großen Zentrumsveranstaltung am 6.1. zerriß Stadtpfarrer Staudenmaier das Parteiprogramm der SPD als unchristlich⁵⁵. Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, dass manche Veranstaltungen auch durchaus konfliktuell ausgetragen wurden, gerade in den evangelisch-katholisch gemischten Landgemeinden, so z.B. eine Veranstaltung der DDP in Gaishardt, wo Dr. Mayer die staatliche Simultanschule mit Religionsunterricht gegen den dortigen Vikar Zorn verteidigte, ebenso in Pommerstweiler und Adelmansfelden.

Die beiden letzten Tage vor der Wahl zur württembergischen Landesversammlung standen dann ganz im Zeichen der in Berlin, Stuttgart und anderen Großstädten aufflackernden Spartacus-Unruhen. Die Anführer der KPD setzten sich an die Spitze der noch immer unzufriedenen Arbeiterbewegung und riefen zur Eliminierung des Rates der Volksbeauftragten als provisorischer Regierung und der Verschiebung der Wahlen auch mit Gewalt auf. In bürgerkriegsartigen Kämpfen zwischen den bewaffneten Anhängern des Spartacus und den von der Regierung eingesetzten Truppen (Sicherheitskompanien und Freikorps) starben in Berlin mehrere Hundert, in Stuttgart immerhin 7 Menschen. Aus Sicht der IJZ bestätigte sich darin die anarchische Tendenz der Sozialdemokraten und die Gefahr einer „bolschewistischen“ Revolution. Immerhin hatten etwa 15 000 Arbeiter das Stuttgarter Rathaus belagert und einige militante Kommunisten hatten MG-Posten aufgestellt. Mit Leitartikeln wie „Kann ein Bauern die Sozialdemokratie wählen“ (IJZ) oder „So wählt man“ (IJZ) rief die Redaktion mit erstaunlicher Klarheit zur Wahl der Zentrumsliste auf mit der expliziten Anweisung, nur die Zentrumsliste zu wählen, sich keinen anderen Wahlszettel aufschwätzen zu lassen, nichts zu streichen und diesen dann einzuwerfen.

VI. Wahlergebnisse

Die Wahl zur württembergische Landesversammlung vom 12.1.1919 (siehe Tabelle seite Gegenüber):

Am Wahlergebnis sind mehrere Aspekte bemerkenswert: Auffällig ist die sehr hohe Wahlbeteiligung in der Stadt Ellwangen, aber auch auf den Dörfern. Mit 95,5% aller Berechtigten in Ellwangen, in Dalkingen sogar 99% und im ganzen Wahlbezirk mit 94,3% aller Berechtigten kann man von einer echten Volkswahl sprechen, die einem breit verankerten Bedürfnis nach politischer Mitsprache und Teilhabe entsprach. Die Wahlbeteiligung lag damit um etwa 4% höher als die auch beachtlichen 90,9% in gesamt Württemberg sowie 10% höher als bei der letzten Wahl 1912. Ferner setzten sich Grundzüge des politischen Wahlverhaltens aus der Vorkriegszeit fort: Das Zentrum blieb die absolut dominie-

⁵⁵ IJZ 6.1. und 8.1.1919. Selbst bei diesen kleinen Veranstaltungen kamen über 300 Teilnehmer, die Mehrzahl Frauen.

	berechtigt	abgestimmt	Zentrum	Bürgerpartei	DDP	SPD	USPD	Bauernbund
Ellwangen	3105	2960	2133	171	405	196	33	8
		95,5%	72,0%	5,7%	13,6%	6,6%	1,1%	
Ellwangen 1912 Proporzwahl	945	812	665	Dt. Partei 106	Volks- partei 33	0		3
		85,9	81,9%	13,0%	4,0%	0	0	
Jagstzell	750	707	632	16	18	24	2	10
		94,2%	89,3%	2,2%	2,5%	3,3%	0,2%	
Benzenzimmern	112	106	0	3	23	9	0	64
		94,6%	0	2,8%	21,7%	8,4%	0	60,3%
Bühlertann	779	712	488	8	71	76	5	32
		91,4%	62,6%	1,1%	9,9%	10,6%	0,7%	4,4%
Gesamt	16918	15958	12618	405	922	1010	97	680
		94,3%	79,0%	2,5%	5,7%	6,3%	0,6%	4,2%

rende Partei in Ellwangen, verlor aber etwa 8% seiner knapp 82% von 1912. DDP und Bürgerpartei vereinigten die etwa 17% der Stimmen, die auch bereits vor dem Krieg linke und rechte Liberale erhalten hatten. Allerdings kehrte sich das Verhältnis um: Kam die linksliberale Volkspartei 1912 noch auf nur 4% der Stimmen, erreichte die DDP 1919 13,9%. Dies ist ein klarer Beleg dafür, dass die Mehrheit der Ellwanger Liberalen eher zur Mitte als zum rechten Flügel tendierte. Die konservative Bürgerpartei, die landesweit auf 7,4% der Stimmen kam, konnte auch in Ellwangen mit 5,7% ein durchschnittliches Ergebnis erzielen. Zum ersten Mal erhielten nun auch die Sozialdemokraten nennenswerte Stimmanteile: immerhin stimmten 196 Wählerinnen und Wähler, also 6,6%, in Ellwangen für die SPD, die 1912 noch keine einzige Stimme in der Stadt erhalten hatte. Im Vergleich zu den 34,5% der SPD in ganz Württemberg zeigt sich aber weiterhin die marginale Bedeutung der SPD in der Stadt. Ein besseres Ergebnis erzielte die SPD in Bühlertann, wo der Wahlkampf von den Ortsgruppen aus Schwäbisch Hall und Crailsheim unterstützt worden war. Hier überflügelte die SPD die Liberalen immerhin um 5 Stimmen. Triumphierend kommentierte hierzu die IJZ: „die sozialistische Flutwelle hat eben auch die Ufer des Zentrumsturms scharf umbrandet, freilich weitaus nicht mit dem Erfolg wie das in den nichtkatholischen Landesteilen der Fall war.“⁵⁶

Die USPD, die im Grunde die revolutionären Elemente im Land repräsentierte, blieb mit 1,1% der Stimmen in Ellwangen und mit 0,6% im Bezirk ephemer und selbst hinter den 3,4% des landesweiten Ergebnisses zurück. Die Wahlen

belegen insofern, dass eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Wahlbezirk für eine schnelle Einführung einer parlamentarischen Republik auf konstitutioneller Grundlage und gegen ein Rätessystem als Ersatz des Parlaments war. Weiterhin auffällig ist die Kontinuität eines konfessionellen Wahlverhaltens der Vorkriegszeit, wie es an den beiden fast monokonfessionellen Landgemeinden Jagstzell (katholisch) und Benzenzimmern (evangelisch) deutlich wird. Erzielte hier das Zentrum fast 90% der Stimmen, erhielt der evangelische Bauernbund dort 60,3% und die DDP 21,7% der Stimmen, das Zentrum, das mit einem ähnlichen Agrarprogramm wie der Bauernbund angetreten war, keine einzige Stimme. Dies war nicht nur ein Ergebnis des besonders um die Frage der Simultanschule geführten Wahlkampfes, sondern auch Ausdruck einer über Jahrzehnte geformten und zementierten politischen Kultur.

War die Berichterstattung und das öffentliche Interesse unmittelbar vor den Wahlen zur Landesversammlung dominiert vom „Straßenkrieg“ in Berlin, wo über 70 000 Mann gegen Aufständische zusammengezogen wurden, so rückten in der Woche vom 13.1. bis 19.1. die nahenden Vorverhandlungen über den Waffenstillstand in den Mittelpunkt, insbesondere die französische Haltung, die nun gewaltige Forderungen an Deutschland stellte: keine Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Ablieferung von 96 der ca. 200 Lokomotiven Württembergs, 400 Dampfplüge, 6500 Sähmaschinen, 12500 Eggen. Außer der Abtretung von Elsaß und Lothringen wurde auch die Annexion des Saarbeckens gefordert. Dies und die Bedeutung der Wahl nun für die zukünftige Verfasstheit Deutschlands sorgten für eine weitere Zuspitzung des Wahlkampfes. Zentrum und Liberale hielten in der Woche noch mehrere kleine und eine große Versammlung ab (jeweils am Freitag, 17.1.), die Bürgerpartei gründete sogar ein Ortskomitee in Ellwangen am 16.1. Für die Großveranstaltung des Zentrums in der Turnhalle wurde als Hauptredner Bischof Sproll aus Rottenburg geladen, neben ihm noch als Vertreter der Landwirtschaft der Gutsbesitzer Mayer aus Pommertsweiler und der Schuldirektor Pollich aus Schwäbisch Gmünd. Für die Liberalen sprach ein Militär, Leutnant Dr. Kern über „Das Heer und die Revolution“ und die Vorsitzende Mack über „Die Parteien und die Frau“.

Die Liberalen grenzten sich bei ihrem Wahlkampf nun am deutlichsten von den anderen Parteien ab: gegenüber dem Zentrum, der Bürgerpartei, aber auch gegenüber der SPD und der USPD. Der SPD warf man „Erdrückung der Wirtschaft“, „Verschwendung des Vermögens“ und eine „schwächliche Haltung gegen die Revolutionäre“ vor, die Bürgerpartei bezichtigte man, dass sie die „Eroberungspolitik“ ebenso wie den alten Obrigkeitsstaat vertrete und fortsetzen möchte. Am mildesten fiel noch das Urteil über das Zentrum aus, das an der „unheilvollen Verbindung von Staat und Kirche“ ebenso wie an der Konfessionsschule festhalten wolle⁵⁷. Bei den Veranstaltungen des Zentrums stand weniger die Position der Gegner als die eigene Vorstellung im Mittelpunkt. Bei der Hauptveranstaltung in Ellwangen, zu der immerhin 1000 Teilnehmer kamen, also fast jeder dritte Ellwanger bzw. Ellwangerin, proklamierte Bischof

Sproll das Ziel der Herstellung eines christlich-nationalen Volksstaates mit einem lebendigem Christentum. Diese Anklänge an ständisch-korporatistische Vorstellungen waren in den Reihen des Zentrums während der ganzen 1920er Jahre virulent, konnten sich aber gegenüber der parlamentarisch-republikanischen Realität nicht durchsetzen. Ein größeres Problem für das Zentrum stellte die Tatsache dar, dass ihr prominenter Vertreter Matthias Erzberger Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission war, den Waffenstillstand in Compiègne unterzeichnet hatte und in den beginnenden Verhandlungen um einen zukünftigen Frieden vor bittere Zugeständnisse gestellt worden war. Die Angriffe auf Erzberger vor allem in nationalistischen Kreisen waren bereits vor dem 19.1.1919 so stark, dass auch in Ellwangen ein Sonderblatt der IJZ gedruckt wurde, dass die Anschuldigungen Punkt für Punkt als Falschmeldungen widerlegen sollte. Auch das Ellwanger Zentrum bekannte sich im Angesicht der entstehenden „Dolchstoßlegende“ klar: „Wir sind die Erzberger-Partei“. Erzberger selbst sprach in mehreren Reden, so z.B. auch in Ulm, dezidiert von der „schmachvollen Schuld knechtschaft“, die Deutschland durch den Friedensvertrag drohen könnte⁵⁸.

Wahlergebnis für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung in Weimar 19.1.1919:

	berechtigt	abgegeben	Zentrum	Bürgerpartei	DDP	SPD	USPD
Ellwangen	3165	2996	2193	138	394	240	21
		94,6%	73,1%	4,6%	13,1%	8,0%	0,7%
Jagstzell	759	702	644	5	31	19	1
		92,5%	91,7%	0,01%	4,4%	2,7%	0,00%
Benzenzimmern	112	105	0	41	52	9	0
		93,8%	0,00%	39,0%	49,5%	8,5%	0,00%
Bühlertann	762	687	421	39	124	78	2
		90,1%	59,9%	5,6%	18,0%	11,3	0,00%
Gesamt	17052	15835	12751	806	1048	1104	56
		92,8%	80,5%	5,0%	6,6%	6,9%	0,3%
Wahl 12.1.	+134	- 123	+ 133	-279	+126	+94	- 41
Aalen (Stadt)	6686	6133	1447	525	1418	2677	41
		91,7%	23,5%	8,5%	23,1%	43,6%	0,01%

Das Wahlergebnis vom 19.1.1919 ist in weiten Teilen mit dem vom 12.1.1919 kongruent, die Wahlbeteiligung lag erneut über 90%. Die dominierende Positi-

58 Sonderblatt der IJZ 18.1.1919. Ebendort auch die Berichterstattung über die Ellwanger Versammlung und Erzberger.

on des Zentrums in der Stadt wie besonders im Umland blieb erhalten, konnte sich sogar leicht steigern. Der Wahlbezirk Ellwangen wies damit das beste Ergebnis für das Zentrum in ganz Württemberg auf, noch vor dem sonst ebenfalls starken Biberach. Ebenfalls verzeichnete die SPD in Ellwangen, aber auch einzelnen Umlandgemeinden, leichte Steigerungen, während die DNVP, die als Bürgerpartei geführt wurde, in Ellwangen und im Wahlkreis insgesamt leicht rückläufig war. Dafür konnte sie in den evangelischen Gemeinden die Stimmen des Bauernbundes auf sich vereinigen. Die soziokulturelle Spezifik des rural-katholisch, eher kleingewerblich und traditionell geprägten Wahlkreises Ellwangen zeigt sich insbesondere im Vergleich mit dem benachbarten Aalen, bei dem evangelisches und katholisches Bürgertum je etwa 23% der Stimmen erzielten, während die SPD mit 43,6% sogar die reichsweit erzielten 37,9% übertraf. Festzuhalten bleibt jedoch, und zwar für Ellwangen wie auch das benachbarte Aalen gleichermaßen, dass über 90% der Wählerinnen und Wähler ihr Votum für die parlamentarische Republik abgaben. Bürgerpartei und USDP, die dieses System mehr oder weniger offen ablehnten, kamen zusammen nirgends auf mehr als 10%. Die Zustimmung zur Republik, die in Zukunft auf Grund ihres Gründungsortes die „Weimarer“ genannt werden sollte, war also 1919 in Ellwangen in höchstem Grade vorhanden.

VII. Ausblick: Das Leben zwischen Niederlage und Neuanfang

Die meisten Ellwangerinnen und Ellwanger dürften diese kurze Zeitspanne zwischen Oktober 1918 und Januar 1919 wohl als eine Art Zwischenzeit erfahren haben, bei der das morsche Alte noch nicht vergangen, das Neue aber noch nicht angebrochen war. Insofern war der Blick ianusartig gleichermaßen nach hinten wie nach vorne gerichtet. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen – und dies wird heute oft übersehen – war der Krieg mit dem Waffenstillstand noch nicht zu Ende, lediglich die Kriegshandlungen. So findet sich z.B. auch in den Protokollen des Ellwanger Gemeinderats für diese Zeit keine einzige Bemerkung darüber, dass sich die internationale oder auch politische Lage im November 1918 geändert hätte. Die große Mehrheit der Ellwanger, der Gemeinderat und auch Bürgermeister Ettensperger gingen weiterhin von einer Art Unentschieden im Weltkrieg aus, dessen Ergebnis nun noch verhandelt werden musste. So begrüßten Hunderte Ellwangerinnen und Ellwanger, ganze Schulklassen unter „Hurra“-Rufen das Ellwanger Landsturmbataillon, das mit 545 Mann und Offizieren am 6.12. 1918 zur Demobilisierung am Bahnhof ankam. Vertreter des Militärs und der Verwaltung hießen die „Helden“ willkommen⁵⁹. Alle heimgekehrten Soldaten waren dann am 16.2.1919 zu einer Kriegerbegrüßungsfeier in die Turnhalle eingeladen. Und obwohl die Pariser Friedenskonferenzen Ende Januar 1919 bereits begonnen hatten und die Forderungen der Alliierten sich immer deutlicher abzeichneten, ja französische Soldaten badische Stütz-

59 IJZ 7.12.1918.

punkte besetzten, schlug Bürgermeister Ettensperger deutlich andere Töne an: Er bedankte sich bei den 500 Ellwanger Soldaten, die als „Helden das Vaterland verteidigt“ hätten. „Die Schwaben seien wie immer da eingesetzt worden, wo es am heißesten herging“. Alle Kräfte müssten sich jetzt auf den Wiederaufbau konzentrieren, damit es auch bald wieder heiße: „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“⁶⁰.

Neben einem dem Krieg und Entbehrungen, aber auch der Propaganda geschuldeten gesteigerten Nationalismus war die allgemeine Situation der Bevölkerung wohl von einer seltenen Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Stimmungen geprägt. Oft fielen die Freude über den gesund heimgekehrten Sohn aus dem Felde mit der Trauer um einen Gripptoten zusammen, Hoffnung auf eine baldige Normalisierung des Lebens koinzidierte mit der Enttäuschung über den Verlauf der Friedensverhandlungen oder über soziale und wirtschaftliche Probleme der Stadt. Nichts illustriert dies besser als folgende Tasache: Am selben Tag, als die württembergische Verfassung, die erste gültige parlamentarisch-demokratische Verfassung in diesem Land, veröffentlicht wurde – am 24.1.1919 -, musste der Ellwanger Bürgermeister Ettensperger anordnen, dass auf Grund der zu Ende gehenden Kohlereserven im Gaswerk mit der Holzvergasung begonnen werden müsse. Außerdem beantragte er beim Kriegsministerium den sofortigen Umbau der Unteroffiziersanstalt in Wohnungen angesichts einer eklatanten Wohnungsnot in der Stadt⁶¹. Not und Neuanfang, Demütigung und Stolz lagen selten derart nah beieinander und müssen trotz der großen Zustimmung zur parlamentarischen Republik in den Wahlen als belastende Geburtswehen für diesen neuen Staat gesehen werden – und das galt sicherlich nicht nur für Ellwangen.

60 IJZ 17.2.1919.

61 IJZ 25.1.1919.

